Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung

In dem Parteiordnungsverfahren

2/2012/P

06.07.2012

auf Antrag

des **SPD-Landesverbands** ..., vertreten durch den Landesvorsitzenden ..., dieser vertreten durch den Landesgeschäftsführer ...

- Antragsteller und Berufungsgegner -

gegen

1. ...

2. ...

3. ...

4. ...

5. ...

6. ...

- Antragsgegner und Berufungsführer -

Beteiligte:

1. **SPD-Kreisverband** ..., vertreten durch den Vorsitzenden...
2. ...

hat die Bundesschiedskommission am 06. Juli 2012 unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende,

Werner Ballhausen, Stellvertretender Vorsitzender,

Prof. Dr. Roland Rixecker, Stellvertretender Vorsitzender,

beschlossen:

1.

Die Berufung der Antragsgegner gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission ... vom 25. Februar 2012 wird zurückgewiesen.

2.

Es wird festgestellt, dass die Antragsgegner nicht mehr Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind.

Gründe:

A.

Die Antragsgegner sind langjährige Mitglieder der SPD. Sie gehörten bis zum 10. November 2011 der Fraktion der SPD im Rat der Stadt ... an, deren Vorsitzender bis Oktober 2011 der Antragsgegner zu 1.) war.

In den letzten Jahren vor Oktober/November 2011 kam es zu innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen den Antragsgegnern und anderen Mitgliedern des SPD-Ortsvereins ... sowie der Fraktion der SPD im Rat der Stadt..., die mit der - zumindest von den Antragsgegnern zu 1.) und 3.) - offenbar nicht gut geheißenen Aufstellung und Wahl des Mitglieds der SPD ... für das Amt des Bürgermeisters der Stadt ... zusammenhingen und dazu

führten, dass der Beteiligte zu 1.) im März 2011 wegen zahlreicher behaupteter Fälle unsolidarischen Verhaltens ein Parteiordnungsverfahren gegen die Antragsgegner zu 1.) und 3.) beantragte. Es hatte zum Ziel „festzustellen, ob das Verhalten der Antragsgegner mit einer weiteren Mitgliedschaft in der Partei vereinbar (sei) und ob die Funktionen in der Stadtvertretung weiterhin im Auftrag der Partei wahrgenommen werden können.“

Dieses Parteiordnungsverfahren endete am 20. Mai 2011 mit einem Vergleich, nach dem zwischen dem Vorstand des Beteiligten zu 2.) und der Fraktion der SPD im Rat der Stadt ... unter Beteiligung des Bürgermeisters ein Mediationsverfahren durchgeführt werden sollte. Zur Umsetzung des Vergleichs kam es nicht, weil - wie die Antragsgegner unwidersprochen vortragen - der Beteiligte zu 1.) die Kosten der Mediation nicht tragen wollte.

Die Fraktion der SPD im Rat der Stadt ... wählte danach - aus im Näheren nicht aufgeklärten Anlass - den Antragsgegner zu 1.) als ihren Vorsitzenden ab und löste die Antragsgegner zu 1.) bis 3.) aus allen Ausschüssen des Rates der Stadt ... ab, in denen sie bislang vertreten waren. Daraufhin traten die Antragsgegner am 10. November 2011 aus der Fraktion der SPD im Rat der Stadt ... aus und gründeten eine eigene Fraktion mit dem Namen „Sozialdemokraten ...“, den sie später - nach Rüge und Androhung rechtlicher Schritte durch die Partei - in „Die Alternative Fraktion“ änderten. Die Öffentlichkeit nahm an diesen Vorgängen durch Medienberichte, deren Verursacher im Einzelnen nicht geklärt sind, lebhaft teil.

Der Antragsteller ordnete daraufhin am 22. November 2011 mit einer „Sofortmaßnahme“ nach § 18 Schiedsordnung - SchiedsO - das Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft der Antragsgegner in der SPD an, was gleichzeitig als Antrag auf Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens mit dem Ziel des Ausschlusses der Antragsgegner aus der SPD gelten sollte.

Durch Entscheidung vom 25. Februar 2012, den Beteiligten zugestellt zwischen dem 10. und 12. März 2012, beschloss die Landesschiedskommission ... die Antragsgegner aus der SPD auszuschließen und die Sofortmaßnahme um 6 Monate zu verlängern. Zur Begründung ist ausgeführt, der Austritt der Antragsgegner aus der Fraktion der SPD im Rat der Stadt ... und die Gründung einer neuen Fraktion „Sozialdemokraten“ stellten einen schwer wiegenden Verstoß gegen das Gebot der innerparteilichen Solidarität dar. Zwar sei diese Lage nicht allein den Antragsgegnern vorzuwerfen. Das vermöge sie jedoch nicht von dem Vorwurf zu entlasten, für das „verheerende Bild“ einer Fraktion der SPD und der Partei in der Öffentlichkeit verantwortlich zu sein.

Dagegen wenden sich die Antragsgegner mit ihrer am 22. März 2012 eingelegten und mit Schreiben unter dem Datum vom 02. April 2012 noch weiter begründeten Berufung.

Zu deren Rechtfertigung tragen sie vor:

Die Vorsitzende der Landesschiedskommission sei als Mitglied der Landesschiedskommission nicht wählbar gewesen, da sie bei ihrer Wahl am 10. April 2011 und auch später - jedenfalls nach den Informationen einer Homepage - Mitglied des Vorstands eines Ortsvereins gewesen sei. Die Verlängerung der Sofortmaßnahme sei mangels zeitgerechter Zustellung der Entscheidung vor ihrem Ablauf unzulässig gewesen. Die Rechtsmittelbelehrung sei fehlerhaft gewesen. Im Übrigen sei der Ausschluss aus den bereits in der Vorinstanz im Einzelnen vorgetragenen Gründen unrechtmäßig.

B.

Die zulässige Berufung ist nicht begründet.

I.

1.

Die Rüge formellen Rechts - die Landesschiedskommission habe in nicht ordnungsgemäßer Besetzung entschieden - trägt nicht. Allerdings dürfen nach § 34 Abs. 6 des Organisationsstatuts - OrgStatut - die Mitglieder einer Schiedskommission der SPD keinem anderen Organ der SPD angehören, müssen also funktionelle Neutralität genießen. Dieser Grundsatz wäre in der Tat verletzt, wenn die Vorsitzende der Landesschiedskommission ... am 25. Februar 2012, dem Tag der Beschlussfassung, trotz ihrer Wahl in diese Funktion noch dem Vorstand des Ortsvereins ... der SPD angehört hätte. Das ist indessen nicht der Fall.

Zu Recht hat die Landesschiedskommission ... durch Beschluss vom 14. Februar 2012 - ungeachtet des merkwürdigen Umstands, dass der Beschluss als Entscheidungsdatum sowohl den 14. Februar 2012 als auch den 16. März 2012 nennt, was nur als Verwechslung des Datums der Beschlussfassung mit dem Datum der Ausfertigung der Entscheidung erklärt werden kann - für richtig befunden, dass die mit der Annahme der Wahl beginnende Mitgliedschaft in einer Schiedskommission zum automatischen Erlöschen eines Wahlamtes in einem anderen Organ der SPD führt. Das entspricht den allgemeinen Inkompatibilitätsregeln im Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland (vgl. etwa § 5 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages). Sie gehen im Allgemeinen davon aus, dass die Regelung der Unvereinbarkeit von Ämtern das Erlöschen - oder Ruhen - des „älteren“ Amtes mit dem Erwerb des „neueren“ zur Folge hat. Dementsprechend hat beispielsweise die Bundesschiedskommission selbst vor vielen Jahren einmal festgestellt, dass eines ihrer Mitglieder durch Annahme der Wahl eines Ortsvereinsvorsitzes die

Mitgliedschaft in der Bundesschiedskommission verloren hat und diese auch durch Niederlegung des Ortsvereinsvorsitzes nicht wieder hat aufleben können. Es entspricht auch einer verständigen Auslegung der Statuten, von einem Mitglied der SPD, das sich zur Wahl als Mitglied einer Schiedskommission stellt, nicht vorab die Niederlegung eines anderen Parteiamts abzuverlangen, sondern die Klarstellung der Verhältnisse nach der Wahl zu erwarten.

Das kann allerdings Missbräuche verursachen, die dann entstehen, wenn ein gewähltes Mitglied einer Schiedskommission ein bislang inne gehaltenes Amt in einem anderen Organ der SPD faktisch - bewusst oder unbewusst - weiterhin wahrnimmt, obwohl es kraft Satzungsrechts erloschen ist. In einem solchen Fall gälte allerdings nicht, dass die Mitgliedschaft in einer Schiedskommission von Rechts wegen trotz einer Wahl nicht bestünde - und damit die Schiedskommission bei allen ihren Entscheidungen fehlerhaft besetzt wäre -, sondern dass Gründe bestünden, an der Unparteilichkeit dieses Mitglieds zu zweifeln, die eine Ablehnung in aller Regel rechtfertigen würden.

Das würde indessen voraussetzen, dass ein Verfahrensbeteiligter ausdrücklich rügen würde, das Mitglied der Schiedskommission nähme ein anderes - mit seiner Mitgliedschaft unvereinbares - Parteiamt weiterhin tatsächlich wahr. Das haben die Antragsgegner in Bezug auf die Vorsitzende der Landesschiedskommission Schleswig-Holstein nicht vorgetragen; es ist auch nach Aktenlage nicht ersichtlich.

2.

Weder (unterstellte) zeitliche Mängel der Verlängerung der Sofortmaßnahme noch Fehler in der Rechtsmittelbelehrung können dazu führen, dass die angefochtene Entscheidung aufzuheben wäre. War die Wirkung einer „Sofortmaßnahme“ zum Zeitpunkt ihrer - dann unzulässigen - Verlängerung abgelaufen, mag das die Unzulässigkeit der Verlängerung (mit allen mitgliedschaftsrechtlichen Folgen) begründen, führt aber nicht zu einer inhaltlichen Fehlerhaftigkeit der schließlich getroffenen Entscheidung über einen Parteiausschluss. War eine Rechtsmittelbelehrung fehlerhaft, führt das zu verfahrensrechtlichen Konsequenzen, nämlich der Unbeachtlichkeit einer Fristversäumnis oder der Notwendigkeit einer Wiedereinsetzung, nicht aber zur Fehlerhaftigkeit der Entscheidung über einen Parteiausschluss.

II.

Die Berufung hat auch in der Sache keinen Erfolg, weil der Ausschluss der Antragsgegner aus der Partei - völlig ungeachtet ihrer allen Respekt genießenden langjährigen Mitgliedschaft und aller wiederum allen Respekt genießenden denkbaren Verdienste für die SPD - rechtlich zwingend ist. Die Antragsgegner haben vorsätzlich gegen die Statuten oder erheblich gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei verstoßen und dieser dadurch schweren Schaden zugefügt (§ 35 Abs. 3 Satz 1 OrgStatut), indem sie am 10. November 2011 aus der Fraktion der SPD im Rat der Stadt ... ausgetreten sind und zunächst unter dem Namen „Sozialdemokraten ... und später unter dem Namen „Die Alternative Fraktion“ eine eigene Fraktion gegründet - und politisch gelebt - haben.

1.

Gemäß § 35 Abs. 3 OrgStatut kann auf einen Parteiausschluss nur erkannt werden, wenn ein Mitglied vorsätzlich gegen die Statuten oder erheblich gegen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei verstoßen hat und dadurch schwerer Schaden für die Partei entstanden ist.

Der Austritt aus einer Fraktion der SPD in einem - auch kommunalen - Parlament ist von der Rechtsprechung der Bundesschiedskommission in der Vergangenheit stets als schwerer Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei gewertet und durchweg - gerade in Fällen, in denen sich Betroffene zu einer neuen politischen Gruppierung zusammen geschlossen und in Anspruch genommen hatten, die Politik der SPD zu vertreten - mit einem Ausschluss aus der SPD geahndet worden; denn ein solcher Schritt ist in aller Regel geeignet, in der Öffentlichkeit das Bild einer völlig zerstrittenen Partei zu festigen (Entscheidungen der Bundesschiedskommission vom 8.5.2002 - 4/2001/P; 01.06.2001 - 8/2000/P; 22.09.2000 - 5/2000/P; 24.04.1992 - 10/1991/P; 11.06.1988 - 5/1988/P; 04.06.1986 - 3/1986/P).

Daran hält die Bundesschiedskommission fest.

Tritt ein Mitglied der SPD aus einer Fraktion der SPD in einem - auch kommunalen - Parlament, in das es aufgrund einer Nominierung durch die innerparteilich zuständigen Gliederungen der SPD gewählt worden ist, aus und gründet es eine neue innerparlamentarische Gruppierung, die mit der Fraktion der SPD konkurriert, oder schließt es sich einer solchen an, so stellt das einen - ohnehin vorsätzlichen - schweren Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei dar.

Ob das in einem völlig atypischen, fern liegenden Fall anders sein kann, in dem, was in der Wirklichkeit schwer vorstellbar ist, eine parlamentarische Gliederung der SPD einmal - und ohne dass ein übergeordnetes Organ der Partei einschritte - mit den grundsätzlichen programmatischen Überzeugungen und Wertvorstellungen der SPD nicht übereinstimmende

Ziele verfolgen sollte, kann dahinstehen. Ein solcher Fall liegt bei Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und Minderheit einer Fraktion um personelle und inhaltliche Alternativen ersichtlich nicht vor.

Die Mitgliedschaft in der SPD zwingt zweifelsfrei nicht dazu, sklavisch und schon gar nicht ohne die Möglichkeit kontroverser Debatte die Auffassungen einer unter Umständen flüchtigen Mehrheit gut zu heißen. Mit ihr schon der Natur der Sache nach unvereinbar ist es indessen, dass eine unterlegene Minderheit eine „alternative“ politische Formation bildet, die in Konkurrenz zur Mehrheitsmeinung um die Zustimmung von Wählerinnen und Wählern bittet und damit notwendigerweise um Ablehnung der in demokratischen Verfahren gewonnenen Billigung eines bestimmten politischen Kurses der SPD. Wer mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, eine bestimmte politische Linie - auch eine bestimmte personelle Präferenz - fortdauernd zu unterstützen, darf zweifelsfrei seinem Gewissen folgen und sich von seinen bisherigen politischen Freunden trennen. Das muss er dann aber mit mitgliedschaftsrechtlicher Konsequenz tun und die SPD verlassen.

Die mitgliedschaftsrechtliche Loyalität, gewissermaßen die vertragliche Zusage des Mitwirkens an der Verwirklichung der allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gemeinsamen Überzeugungen, verlangt nämlich, dass Mitglieder der SPD personelle und sachliche Mehrheitsentscheidungen der Partei und ihrer parlamentarischen Vertretungen auch dann achten, wenn sie ihren eigenen Vorstellungen oder gar Überzeugungen widersprechen. Es ist Teil des sozialdemokratischen grundlegenden Selbstverständnisses von Solidarität, abweichende Meinungen zu achten, Mehrheiten zu respektieren, eigene Interessen zurückzustellen, das Unterliegen in kontroversen Debatten hinzunehmen und die politische Auseinandersetzung innerhalb der Partei so zu führen, dass aus dem Für und Wider der Meinungen Wege entstehen, deren Beschreiten verspricht, möglichst weitgehend sozialdemokratische Politik zu verwirklichen. Dem - und vor allem einem für demokratische Verfahrensweisen elementaren Verständnis - widerspricht diametral, wenn in Debatten unterlegene Teile oder Mitglieder der Partei die politische Auseinandersetzung fortsetzen, indem sie versuchen, Ihre Auffassungen in anderen, mit der Mehrheitslinie in Konflikt stehenden Gruppierungen weiter zu verfolgen. Wer das aus Gründen seiner politischen Überzeugung für notwendig hält, mag das tun. Er darf dann aber nicht Namen und Ansehen der SPD als einer Partei, die kontrovers debattiert, aber dann auch eine fair und demokratisch gefundene Mehrheitsentscheidung solidarisch vertritt, für unterlegene Argumente in Anspruch nehmen. Das muss er außerhalb der Partei tun.

Da die Antragsgegner sämtlich aus der Fraktion der SPD im Rat der Stadt - ausgetreten sind und sich zu einer - zunächst sogar unter dem Namen „Sozialdemokraten“ auftretenden, später

als „Alternative“ zur SPD benannten - Fraktion zusammen geschlossen haben, haben sie folglich vorsätzlich und schwer gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen.

Ihr öffentliches Auftreten, das die SPD ... als zerstrittene, über politische Konzepte und die sie repräsentierenden Personen auch nach Diskussion und Abstimmung uneinige Partei gewissermaßen „vorgeführt“ und an den Pranger gestellt hat, hat der SPD schweren Schaden zugefügt.

2.

Vor diesem Hintergrund hat sich die angegriffene Entscheidung der Landesschiedskommission ... vom 25. Februar 2012 mit beachtlichen, von der Bundesschiedskommission geteilten Erwägungen mit der von den Antragsgegnern vorgetragenen Rechtfertigung ihres Fraktionsaustritts auseinandergesetzt, nämlich dem Nichtbetreiben des in dem früheren Schiedsverfahren vereinbarten Mediationsverfahrens, der - auch von den Beteiligten zu 1.) und zu 2.) mit zu verantwortenden - Störung der Kommunikation in der SPD ... der Abwahl des Antragsgegners zu 1.) sowie der Abberufung der Antragsgegner zu 2.) und 3.) aus Ausschüssen des Rates. Der Sache nach notwendig war das nicht, weil solche Vorkommnisse nicht einmal im Ansatz rechtfertigen, aus einer Fraktion der SPD auszutreten und eine konkurrierende politische Gruppierung zu bilden sowie unter ihrem Namen in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Personelle Entscheidungen, wie sie hier getroffen wurden, sind Mehrheitsentscheidungen. Mitglieder der SPD, einer Partei, zu deren Grundüberzeugungen die Anerkennung von in demokratischen Prozessen gefundenen Mehrheitsentscheidungen zählt, vertreten - öffentlich sichtbar - nicht mehr die Grundsätze und Ordnung der Partei, wenn sie als in der Debatte und Wahl Unterlegene gegen diese Mehrheitsentscheidung von außen unter dem Namen der Sozialdemokratie oder als Alternative zu ihr kämpfen.

Hält eine Gliederung oder ein Organ der Partei einen Vergleich in einem Schiedsverfahren nicht ein, so kann das im Einzelfall dazu führen, dass die Berufung auf die dem Schiedsverfahren zugrunde liegenden Vorwürfe verwirkt wird. Es kann aber nicht dazu führen, dass das an dem Vergleich beteiligte Mitglied die Fraktion der Partei verlassen und eine neue, andere, gar unter dem Namen der SPD auftretende gründen und öffentlich vertreten darf, ohne mitgliedschaftsrechtliche Konsequenzen gewärtigen zu müssen.

Nach alledem ist eine weitere Mitgliedschaft der Antragsgegner in der SPD nicht hinnehmbar.